05 / 2012 www.sabine-baetzing.de 17.02.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,

Alaaf, schepp,schepp, Nadda Jöhh, ohjöjo….
ich wünsche euch eine wunderbare Karnevalszeit! In Berlin laufen zwar auch (unfreiwillig) viele Jecken rum, aber richtig Karneval gefeiert wird hier bei uns zu Hause!

Eine Kostprobe aus der Möhnensitzung in Breitscheidt: „ ein Witz: Merkel, Westerwelle und Wulff gehen mit einem Strick in den Wald….. – kennt ihr den Witz schon? Nein?! Ich auch nicht, aber er fängt schon mal gut an.“ TUSCH ☺
Also vielleicht sehen wir uns am Sonntag beim Umzug in Altenkirchen oder Montag in Herdorf?

Macht euch ein paar schöne närrische Tage!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Dierdorf
Hauptstraße 9
56269 Dierdorf

Telefon: (0 26 89) 92 99 20
Fax: (0 26 89) 92 99 21
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Griechenland – Solidarität sieht anders aus!

Tag für Tag kommen neue, spannende Meldungen aus Griechenland. Ein ganzes Land ist in Aufruhr. Einzigartig ist allerdings das wiederholte Foul-Spiel des Vorsitzenden der hellenischen Christdemokraten, Antonis Samaras. Erneut verzögert er seine Zustimmung zu den Sparmaßnahmen in der Erwartung, für sich und seine Partei als Gewinner aus der desaströsen Situation seines Landes bei den bevorstehenden Wahlen hervorzugehen.
Frau Merkels Parteifreunde in Athen setzen die Zukunft ihres eigenen Landes aufs Spiel. Griechenland braucht dringend einen nationalen Konsens, um die Krise bewältigen zu können und kein Taktieren. Ein großer Teil der griechischen Bevölkerung hat längst erkannt, dass sich das Land einer nachhaltigen Reform unterziehen muss.
Die Europäische Union ist immer eine Solidargemeinschaft gewesen, und Solidarität kann es nicht zum Nulltarif geben. Doch die Art und Weise, wie sich einzelne Regierungen der EU-Mitgliedsländer, angeführt von Bundeskanzlerin Merkel, und die Troika gegenüber der griechischen Bevölkerung aufplustern und ein europäisches Volk in die Knie zwingen, ist in der Nachkriegsgeschichte einzigartig. Es ist beschämend.
Solidarität sieht anders aus. Allen Beteiligten, sowohl in Athen als auch in den übrigen Hauptstädten der EU-Mitgliedsländer, müsste eigentlich längst klar sein, dass die zwingend erforderlichen Reformen viel Zeit in Anspruch nehmen werden.
Wie soll in Griechenland, das sich mittlerweile in einer tiefen Rezession befindet, die Konjunktur angekurbelt werden, wenn im gleichen Atemzug Troika und Euro-Staaten, allen voran Deutschland, aus den Sparnotwendigkeiten ein Spardiktat machen?
Welche Maßnahmen wurden im Übrigen seitens der EU-Kommission oder einzelnen Hauptstädten getroffen, um die massive Kapitalflucht aus Griechenland in einzelne Mitgliedstaaten der EU zu unterbinden?
Hier herrscht Schweigen.

International

Syrien – Assad hat keine politische Zukunft mehr!

In Syrien nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen weiter zu. National ist diese Auseinandersetzung offensichtlich nicht aus eigener Kraft zu lösen.
Die Absicht, noch in dieser Woche eine von den Staaten der Arabischen Liga ausgearbeitete Resolution in der VN-Generalversammlung zu verabschieden, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Auch wenn sie einen VN-Sicherheitsratsbeschluss nicht ersetzen kann, so ginge von ihr dennoch ein wichtiges politisches Signal aus. Voraussetzung dafür ist aber, dass eine deutliche Mehrheit dem von Ägypten eingebrachten Resolutionstext zustimmt.
Bereits im Dezember 2011 wurde Syrien in der Generalversammlung mit einer Resolution zur menschenrechtlichen Lage mit 132 Stimmen bei etwa 40 Enthaltungen und nur 12 Gegenstimmen deutlich verurteilt. Das muss auch dieses Mal die Zielgröße sein. Der Druck auf Syrien und sein menschenverachtendes Regime darf nicht nachlassen. Präsident Assad hat jede Legitimation verloren und muss so schnell wie möglich den Weg für einen politischen Neuanfang frei machen, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird. Daher ist es vollkommen richtig, wenn die VN-Generalversammlung auch an der von der Arabischen Liga am 22. Januar beschlossenen Forderung nach einem politischen Übergangsprozess in Syrien festhält. Die Weichen für die politische Zukunft Syriens werden in diesen Wochen gestellt.
Auch Russland und China dürfte inzwischen bewusst geworden sein, dass Assad weder ein verlässlicher Verhandlungspartner ist, noch eine politische Zukunft hat. Seit fast zwölf Monaten hält er die internationale Gemeinschaft zum Narren. Beide Vetomächte sollten ihre Position daher überdenken und auch den Weg für einen VN-Sicherheitsratsbeschluss frei machen. Dies wäre ein unmissverständliches Signal an Assad, dass seine Zeit endgültig abgelaufen ist.

Familie

Einkommensabgabe von Kinderlosen – Ein Spaltpilz!

Die angedachte prozentuale Einkommensabgabe von Kinderlosen beziehungsweise Menschen mit nur einem Kind als sogenannte Demografie-Rücklage ist kein Beitrag zur Stabilität der Sozialversicherungssysteme und schon gar kein Beitrag zu Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Aber es geht ja auch nicht wirklich darum. Abgeordnete der CDU/CSU versuchen auf diesem Weg davon abzulenken, dass diese Bundesregierung profillos in der Familienpolitik ist und dass sie keine nachhaltige Reform der Kranken- und Pflegeversicherung zustande bringt. Der aktuelle Vorschlag ist ein Offenbarungseid für die Strategielosigkeit der Union. Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, egal, ob mit oder ohne Kinder.

Eine Trennung in Kinderlose und Kinderhabende ist ein Spaltpilz in der Gesellschaft und entsprechende Sonderabgaben würden dies noch verstärken. Wer Familien unterstützen will, sorgt auch für die notwendige Infrastruktur und bedarfsgerechte Angebote für Bildung und Betreuung, schafft Steuerprivilegien ab und setzt sich für ein gelingendes Miteinander unterschiedlicher Familienkonstellationen ein. Wer Solidarität in der Kranken- und Pflegeversicherung erreichen will, sollte den unseren Überlegungen folgen und eine Bürgerversicherung einführen anstatt weitere Abgaben unter dem Deckmantel einer Demografie-Rücklage von Menschen ohne Kind oder mit einem Kind einzufordern. Diese geplante Sonderabgabe von Kinderlosen oder Ein-Kind-Familien zeugt von der Hilf- und Planlosigkeit dieser schwarz-gelben Koalition.

Arbeit & Soziales

Beschäftigtendatenschutz – So wird das nichts!

Skandale wie bei der Bahn, bei der Telekom und bei Lidl haben deutlich gemacht, dass beim Arbeitnehmerdatenschutz in unserem Land einiges im Argen liegt. Tritt das Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz in der Form in Kraft, wie sich Union und FDP geeinigt haben, wird es künftig keine Skandale mehr geben. Sie wären legal.

Es wäre legal, sich von dem Bewerber auf eine Stelle die Einwilligung geben zu lassen, dass Daten über sie auch aus nicht öffentlich zugänglichen Quellen erhoben werden können. Kaum ein Bewerber würde Nein sagen und sich seine Chancen damit endgültig zunichte machen. Es wäre legal, ununterbrochene offene Videoüberwachung zur Qualitätskontrolle durchzuführen, was einen schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten darstellen würde. Und das ohnehin niedrige Schutzniveau des Gesetzentwurfs könnte durch Betriebsvereinbarungen noch weiter unterlaufen werden.

Bereits in der Anhörung im Mai 2011 wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung überwiegend kritisiert, da er völlig ungeeignet ist, die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten zu schützen. Aber statt aus diesem Verriss der Sachverständigen Konsequenzen zu ziehen, wird das Arbeitnehmerdatenschutzgesetz nun endgültig zum "Arbeitgeberinteressenschutzgesetz" pervertiert.

Die Einigung zwischen Union und FDP geht zu Lasten der Beschäftigten. Wir wollen statt dessen ein Gesetz, das die Beschäftigten bereits im Bewerbungsverfahren schützt, keine exzessive Überwachung zulässt und keine Einführung eines Konzernprivilegs vorsieht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein eigenständiges Gesetz vorzulegen, das die Beschäftigten effektiv vor Datenmissbrauch und exzessiver Überwachung schützt.

Wirtschaft

Rüstungskontrolle – Wir fordern mehr Transparenz!

Der Begriff Kleinwaffen (Small Arms) darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dabei um Sturmgewehre und andere sehr gefährliche Waffengattungen handelt. Diese Waffen töten laut den Vereinten Nationen weltweit jährlich 500.000 Menschen. Seit Jahren verhandelt die Weltgemeinschaft bei den Vereinten Nationen über den Handelsvertrag für konventionelle Waffen. Dieser Prozess soll im Juli 2012 als Arms Trade Treaty (ATT) zum Abschluss kommen. In der kommenden Woche findet das letzte Vorbereitungstreffen (PrepCom) statt.

Zuletzt wurde versucht, einen solchen Vertrag mit dem Völkerbund in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts umzusetzen. Damals ist dieser Versuch kläglich gescheitert. Wir haben in unserem Hamburger Parteiprogramm 2007 bereits auf die verstärkten Anstrengungen bei der Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter hingewiesen. Auf unserem letzen Parteitag im Dezember 2011 wurde auf einige Schwachstellen der Rüstungsexportkontrolle hingewiesen. Zentrales sozialdemokratisches Anliegen ist die Kontrolle der Exporte durch das Parlament. Bisher wird das Parlament durch einen Rüstungsexportbericht zum Ende des darauffolgenden Berichtjahres unterrichtet. Die Bundesregierung entscheidet Exportanfragen im geheim tagenden Bundesicherheitsrat. Das Parlament und die Öffentlichkeit wird von einem Waffengeschäft erst im Nachhinein mir großem zeitlichen Abstand unterrichtet. So wird Transparenz verhindert. Ein entsprechender Antrag zur Rüstungsexportkontrolle ist bei unserer Bundestagfraktion in Arbeit. Mit dem Koalitionsvertrag haben FDP und CDU sich darauf verständigt, die konsequent restriktive Exportpolitik zu "liberalisieren". In diesem Geist wird Rüstungsexportpraxis verändert und die internationale Rüstungskontrollpolitik beeinflusst. Bei den Verhandlungen zum ATT spricht die Bundesregierung davon, dass Deutschland über weltweit anerkannte Rüstungsexportkontrollregime verfügt und der ATT keine neue Bürokratie für die Wirtschaft aufbauen darf. Hier unterscheiden sich Anspruch und Wirklichkeit. Das Auftauchen des deutschen Militärgewehrs G36 an Orten und in Konflikten, die nach unseren Exportrichtlinien ausgeschlossen sein sollten, zeigen dies beispielhaft. Nicht umsonst verortet das Stockholmer Friedensinstitut SIPRI Deutschland auf Platz 3 der weltweiten Rüstungsexportnationen. Konsequenz bei Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik bleibt auch Maßstab der Glaubwürdigkeit unserer Entspannungspolitik.

Bonbon

„Wenn Sie sich für so klug halten, dass sie nicht mehr wählen gehen, werden sie womöglich von Leuten regiert, die dümmer sind als sie. Das sollte ihnen nicht passieren“

(Peer Steinbrück, SPD)

Termine

17.02.12	**18.00 Uhr**	**Verein der Tibeter, Bonn**
19.02.12	**14.11 Uhr**	**Karnevalsumzug Altenkirchen**
20.02.12	**14.11 Uhr**	**Karnevalsumzug Herdorf**
22.02.12	**13.00 Uhr**	**Besuch MSP Mudersbach**
	19.00 Uhr	**Heringsessen SPD Feldkirchen**
23.02.12	**12.00 Uhr**	**JobCenter Neuwied**
	19.30 Uhr	**SPD Mörlen**
24.02.12	**ganztags**	**Gemeinsame Klausurtagung SPD MdL und MdB**